



Wandel des Lebensstils

Zukunftsfähiges Deutschland in globaler Verantwortung

„Finanzkrise“ war das Wort des Jahres 2008. Der Zusammenbruch der Investmentbanker-Glücksspirale hat 1.500 Milliarden Euro an Werten vernichtet, sagt der internationale Währungsfonds. Statt jetzt auf nachhaltige und umweltschonende Zukunftsinvestitionen zu setzen, plant die Bundesregierung als Wege aus der Wirtschaftskrise eine Abwrackprämie für Altfahrzeuge und den ungebremsten Straßenbau. Dabei hat gerade der Wachstumswahn uns in diese Krise bugsiert. Die neue Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie macht sich für eine Abkehr vom Neoliberalismus stark und plädiert dafür die Dynamik von Märkten als Motor für mehr Ökologie und Fairness zu nutzen.

Der Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung wächst doppelt so schnell als selbst die größten Optimisten Mitte der 90er geahnt hätten. Der Raumwärmebedarf je Quadratmeter hat sich um neun Prozent verringert. Bio- und Fairtradeprodukte werden inzwischen sogar in Discountern verkauft, die Marktanteile wachsen rasant. Und der Nachhaltigkeitsbegriff ist in aller Munde. Wurde Deutschland zukunftsfähiger?

Den vielen Anstrengungen und Erfolgen zum Trotz hat sich der Fußabdruck unserer Exportnation nicht verringert. Zwischen 1995 und 2005 ist der Primärenergieverbrauch nicht wie in der ersten Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ erhofft um 30 Prozent bis 2010 gesunken, sondern um 1,4 Prozent gestiegen und täglich werden in Deutschland immer noch weit über 120 Hektar Fläche versiegelt, während man die absolute Stabilisierung für notwendig hielt. Die Vielfalt an Tieren und Pflanzen schwindet und inzwischen ist amtlich, was man Mitte der 90er nur geahnt hat: Das Fördermaximum für Öl wurde er-

reicht. Während weltweit der Energiehunger zunimmt, wird von nun an die Fördermenge sinken.

Gleichzeitig führen uns die prosperierenden Wirtschaftsnationen wie China, Indien oder Brasilien deutlicher denn je vor Augen, dass unser Lebensstil nicht verallgemeinerbar ist. Vier Erden wären notwendig, wenn alle Menschen so leben würden wie wir.

Vor diesem Hintergrund haben sich der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und die evangelischen Entwicklungsorganisationen „Brot für die Welt“ und Evangelischer Entwicklungsdienst (EED) zusammengetan, um eine neue Debatte zum „Zukunftsfähigen Deutschland“ anzustoßen. Beauftragt wurde mit der gleichnamigen Studie das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie.

Ende der Wachstumsideologie

Wie soll es nun weitergehen? Augen zu und durch. Diesen Eindruck vermitteln zumindest die Wirtschaftspolitiker. Wirtschaftswachstum wird nicht nur in Deutschland als Allheilmittel gepriesen, für Wohlstandswachstum, zusätzliche Arbeitsplätze, Armutslinderung und vieles mehr. Nichts davon lässt sich ohne weiteres mit einem steigenden Bruttoinlandsprodukt verbinden. Die Sockelarbeitslosigkeit ist beständig angestiegen und vom Wohlstandswachstum profitierten in den letzten Jahren nur die Superreichen.

Besonders schlecht bestellt ist es um das übergeordnete Ziel ökonomischer Lehrbücher, die

Die Schauspielerin Angelika Bartsch spart Energie, fährt in der Stadt nur Fahrrad und ist Weltmeisterin im Recyclen. Ihr Hauptanliegen ist aber das Sparen von Heizenergie und so lässt sie im Winter ihre Heizung aus. Die Winter sind schon längst nicht mehr so kalt, besonders in der Kölner Innenstadt. In ihrer Wohnung zieht sie sich warm an. Für Gäste liegen Wolldecken bereit, so dass der Abend bei einem Glas Rotwein noch gemütlicher wird



Yourdes aus Köln fährt bei Wind und Wetter mit dem Fahrrad – auch richtig weite Strecken. „Wenn man sich warm anzieht, geht alles“, meint er

Steigerung der Lebensqualität. Denn in Deutschland wie auch in den anderen Industrieländern stagniert seit Jahrzehnten die Lebenszufriedenheit trotz beständig wachsendem Bruttoinlandsprodukt. Deshalb und weil eine Minderung des absoluten Ressourcenverbrauchs bei gleichzeitigem Wirtschaftswachstum unmöglich erscheint, plädieren die Autoren der Studie für ein Ende der gegenwärtigen ebenso zerstörerischen wie bornierten Wachstumspolitik.

Im Titel dieser Ausgabe veröffentlichen wir Fotos von der Journalistin Sibylle Anneck. Sie hat für das ROBIN WOOD-Magazin Menschen in Köln befragt, die berichten wie sie sparsam mit Energie umgehen, Kontakt: s.anneck@web.de.

Politik vor Macht

Sodann macht sich die Studie für eine Abkehr vom Neoliberalismus stark. Schneller als die Wuppertaler wohl geahnt haben, ist diese Forderung durch die Entwicklung auf den Finanzmärkten auf einen Spitzenplatz der politischen Agenda in Deutschland und der Welt gerückt. Und tatsächlich: In einer Zeit, in der das Schicksal von Mensch und Natur auf des Messers Schneide steht, ist es unerlässlich, Dynamik von Märkten als Motor für mehr Ökologie und Fairness zu nutzen.

Es ist Sache der Politik, die Marktprozesse nach Maßgabe des Allgemeinwohls zu gestalten. Eine ökosoziale Marktwirtschaft lässt sich nicht ins Werk setzen, ohne die Priorität der Politik ge-

genüber der Wirtschaft zurückzugewinnen. Das gilt auch auf internationalen Handlungsfeldern. So verbietet sich der Export subventionierter Agrarprodukte in arme Länder. Von Unternehmen sind die Einhaltung international anerkannter Menschenrechte sowie ökologischer Mindeststandards einzufordern.

Mit ihrer Forderung nach einem gleichen CO₂-Pro-Kopf-Emissionsvolumen von zwei Tonnen avancierte Angela Merkel zur Klimakanzlerin. Damit griff sie das Umweltraumkonzept der ersten Studie auf und formulierte ambitioniert: „Der Klimawandel ist die größte Herausforderung der Menschheit.“ Nur ein Jahr später folgt nun der Rückfall auf alte Vorurteile und die Kanzlerin verkündet, dass Klimaschutz keine Arbeitsplätze kosten dürfe. Zweieinhalb Tonnen

schwere Pkw erhalten Steuererleichterungen, die Deutsche Industrie wird vom Emissionshandel verschont und die Betreiber von Kohlekraftwerken sollten die Zertifikate kostenlos erhalten. Dabei haben nicht zuletzt die überschweren Fahrzeuge die Krise der Automobilindustrie erst möglich gemacht, wird Strom aus Kohle in zehn Jahren teurer sein als aus regenerativer Erzeugung. Der Rückfall zur alten Konfrontation von Umweltschutz und Wirtschaft ist umso bedauerlicher als er doch wider besseres Wissen kommt. Schließlich hat allein der Ausbau erneuerbarer Energien Hunderttausende Arbeitsplätze geschaffen und jeder weiß, die Finanz- und Wirtschaftskrise wird vorüberziehen, aber die Klimakrise bleibt.

Freilich ist der Kurswechsel zur grünen Marktwirtschaft nicht ohne einen Wandel des Arbeitsmarktes zu haben. Das war während der Transformation der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft so und ist auch diesmal unvermeidlich. Während Arbeitsplätze in der Industrie abgebaut wurden, entstanden neue im Dienstleistungsbereich. Bezeichnend: Mitten in der Autokrise treibt Bosch die Diversifizierung des Konzerns voran und investiert 530 Millionen Euro in ein neues Solarzellen-Werk. Über tausend neue Arbeitsplätze sollen entstehen.

Arbeit fairteilen

Soll vermieden werden, dass Umwelt- und Wirtschaftspolitik weiter gegeneinander ausgespielt werden, muss ein tragfähiges Konzept zur Lösung der Arbeitslosenproblematik auf den Tisch. In der Studie wird vorgeschlagen, die zur Verfügung stehende Erwerbsarbeitszeit gerechter zu verteilen. Denn die Arbeitslosigkeit hat nicht zugenommen, weil uns die Arbeit ausgeht. In Summa ist das Arbeitsvolumen in Deutschland stabil geblieben. Vielmehr ist die Zahl der Arbeitswilligen um einige Millionen gestiegen.

Wäre das zur Verfügung stehende Arbeitsvolumen gerecht verteilt, das entspräche einer durchschnittlichen Arbeitszeit von 30 Stunden in der Woche, ließe sich zumindest rechnerisch das Problem leicht beheben. Gelingen kann

das mit einer langfristigen Strategie, die auch umfassende Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen beinhaltet. Den arbeitspolitischen Wortführern scheint diese Einsicht schwer zu fallen, ebenso wie die Abkehr von der Wachstumsideologie als Rezept zur Minderung der Arbeitslosigkeit. Obgleich ganz offenkundig drei Jahrzehnte Wirtschaftswachstum, im Ergebnis nur einen beständigen Anstieg der Sockelarbeitslosigkeit vorweisen kann.

Es mag schwer vorstellbar erscheinen, dass Millionen freiwillig weniger arbeiten und Einkommensverluste akzeptieren. Jedoch sprechen zahlreiche Vorteile für eine Fairteilung der Arbeit. Denn die Lebenszufriedenheit und Arbeitsmotivation steigt bei Menschen, die ihre freie Zeit ausgebaut haben. Ihnen gelingt die Balance zwischen Arbeit und Freizeit. Sie verbringen mehr Zeit mit Freunden und Familie. Dadurch verbessern sich das Wohlbefinden und die Gesundheit.

Zugleich könnte sich auch der Naturverbrauch durch eine Politik der Arbeitsfairteilung verringern. Denn wäre Arbeitslosigkeit nur noch ein Randthema, die Auswirkungen wären auch bis zur kommunalen Ebene spürbar. Zahlreiche Investitionen wie etwa in fragwürdige Gewerbeparks oder Straßenbau könnten nicht mehr mit dem Arbeitsplatzargument durchgedrückt werden.

Achtsam leben

Doch nicht nur bei der Arbeitszeit, sondern allenthalben ist der Wandel unseres Lebensstils erforderlich. Die Rechnung ist ganz einfach. Damit sich ausgetüftelte Energiesparkonzepte, hochwertige Gebäudedämmung oder Ingenieurskunst im Automobilbau ressourcenschonend auswirken können, gilt es zu verhindern, dass Effizienzerfolge durch beständigen Komfortzuwachs kompensiert werden. Es ist an der Zeit, dass wir über Limits diskutieren, für Tempo, Flächen, Sprit-, Öl- oder Stromverbrauch. Kühlschränke und Wohnungen dürfen nicht immer größer, Autos müssen leichter werden. In der Begrenzung des individuellen Konsum- und Nutzungsverhaltens oder der angebotenen Produkte liegt die eigentliche Herausforderung. Vergleichsweise

leicht fällt uns die Entwicklung innovativer Technologien.

Die Ökologische Industriepolitik hat sich durchgesetzt. Längst hat man ihr wirtschaftliches Potential erkannt und etwa durch das Erneuerbare Energien Gesetz oder Sanierungsprogramme boomende Arbeitsmärkte und Technologiesprünge ermöglicht. Damit sich diese Strategie in sinkendem Naturverbrauch widerspiegelt, ist es höchste Zeit, eine Ökologische Lebensstilpolitik auf den Weg zu bringen. Einen Kurswechsel für Deutschland.

*Dr. Michael Kopatz ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie in der Forschungsgruppe Energie-, Verkehrs- und Klimapolitik
Döppersberg 19, 42103 Wuppertal
Tel.: 0202/2492-148 Fax: -250
michael.kopatz@wupperinst.org*



*Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt
Eine Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie
Fischer Taschenbuch Verlag, 2008
655 Seiten, 14,95 Euro
ISBN: 978-3-596-17892-6*